Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,5 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 150 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 219. **Bromberg, Freitag den 24. September 1926.** **50. (33.) Jahrg.**

Fata Morgana.

Bemerkungen zu Klarners letzter Rede.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Im Sejm hat Finanzminister Klarner eine Darlegung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Polens gegeben. Seine Rede war mit Optimismus bis an den Rand gefüllt, worüber sich natürlich niemand verwundern kann, da doch der Schatzmeister des Staates von Amts wegen zum Optimismus verpflichtet ist. Klarner hatte zwei Aufgaben zu erfüllen: zunächst sollte er die Staatswirtschaft als eine absolut gute darstellen, sodann mußte er alle Verdienste für diesen Idealzustand der durch ihn vertretenen Regierung zuschreiben. Er entledigte sich dieser Aufgaben zur größten Zufriedenheit der ganzen Regierung. Die Kehrseite der Medaille, die Klarner die Öffentlichkeit nur ahnen ließ, sieht jedoch ganz anders aus als die blinkende Vorderseite. Klarner selbst hat das in versteckter Weise zugegeben, als er die Zunahme der Einnahmen aus den Monopolen, bei der Eisenbahn, Post, beim Telegraph unterstrich. Diese Steigerung ist allein auf die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur zurückzuführen. Viel hat die Wirtschaft Polens dem englischen Streik zu verdanken. Der verdreifachte Kohlenexport hat auch verschiedene andere Produktionszweige Polens belebt, die Einnahmen der Massen sind gestiegen, so daß auch der innere Konsum sich erhöhen konnte.

Die Verdienste für diese günstige Konjunktur kann aber unmöglich die Regierung für sich buchen, zumal sie sich zu vergrößerten Ausgaben verleiten ließ. Das erscheint um so gefährlicher, als in diesem Jahre die Ernte bedeutend schlechter ausgefallen ist als im vergangenen Jahre. Womit will die Regierung die vergrößerten Ausgaben decken, wenn der englische Kohlenstreik aufhört? Gewiß haben die polnischen Kohlengruben noch Lieferungsverträge bis Ende Januar 1927 (hauptsächlich an die skandinavischen Länder), was wird aber dann? Diese Lieferungsverträge werden einmal ablaufen; sie werden kaum erneuert, da die ausländischen Importeure von polnischer Kohle mit größter Ungeduld auf das Ende des englischen Kohlenstreiks warten, haben sie doch bei den Handelsbeziehungen mit der polnischen Industrie die bittersten Erfahrungen gemacht. Die polnischen Kohlenexporteure suchten nämlich die augenblickliche Konjunktur zum Teil skrupellos für sich auszunutzen und kümmerten sich darum um die eingegangenen Lieferungsverträge recht wenig, wenn ihnen von dritter Seite mehr angeboten wurde, so ließen sie den festen Abnehmer rücksichtslos sitzen. So ist der polnische Exporteur heute bereits als unfair verschrien; man wird mit ihm nur in dringendsten Fällen neue Geschäfte machen wollen.

Dazu kommt, daß die englische Industrie selbstredend die größten Anstrengungen machen wird, ihre früheren Absatzgebiete wiederzugewinnen. Woher will dann der polnische Staat seine vergrößerten Ausgaben decken, wenn der Kohlenabsatz wieder auf die vorjährige Norm zurückgeht, was sich in diesem Jahre auf die Handels- und Zahlungsbilanz um so schlimmer auswirken muß, als der diesjährige Getreideexport bedeutend hinter dem vorjährigen stehen wird?

Die Zunahme der Ausgaben im dritten Quartal stellt sich auf 17 Millionen, das Defizit in den drei ersten Quartalen beträgt 44 Millionen. Im vierten Quartal soll nach Klarner die Steigerung der Budgetausgaben normal sein, in Wirklichkeit ist sie höchst anormal, schon weil es sich um erhöhte Militärausgaben handelt. Obwohl der Ministerpräsident Bartel versichert hat, daß die Militärausgaben im dritten Quartal nur um 12 Millionen steigen würden, sind sie in Wirklichkeit um 32 Millionen höher gewesen, als angekündigt war. Inzwischen wächst die Teuerung ohne Unterlaß. Alle Ankündigungen der Regierung, sie würde dieser Hydra den Kopf abschlagen, erwiesen sich als trügerisch.

Wer will es leugnen, daß der Sanierungswagen bereits ein sehr ungünstiges Gelände befährt? Daß die Rede Klarners im Sejm nur ein ganz geringes Interesse gefunden hat, ist höchst bezeichnend für die ganze Situation. Man sagt, der Sejm hörte der Rede des Finanzministers nur darum ungern zu, weil Klarner heute nicht mehr der starke Mann der ganzen Regierung ist. Die Beziehungen dieses Prokuristen zu seinem Regierungschef sind sehr lose geworden. Die Reise des Ministerpräsidenten Bartel nach dem Kurort Druskieniki, dem Ferienaufenthalt des Marschalls Piłsudski, gilt hauptsächlich der Überbrückung der Gegensätze zwischen dem Finanz- und Kriegsminister über die Höhe des Militärbudgets.

Der Finanzminister rief zur strengsten Sparsamkeit auf. Sein Wort galt dem Kriegsminister. Hat er es in Druskieniki gehört? Wenn nicht, so wird ihm Ministerpräsident Bartel die Rede gleich gedruckt mitgebracht haben. Außerdem wird der Ministerpräsident dem Kriegsminister sagen, daß die Situation der Staatskassen noch bedeutend schlechter ist als die des Budgets. Aus dem Staatsschatz zahlt die Regierung die Beamtengehälter, die Vorschüsse für die Gemeinden, für die öffentlichen Arbeiten, gibt Kredite an die Banken. Augenblicklich gibt es in den Staatskassen kein Geld. Die Aktiva genügen nicht für die Zahlungen, die pünktlich erfolgen müssen. Genügt also die Sparsamkeit allein? Die Rede des Finanzministers erhielt deutliche Wünsche für die Erlangung einer größeren Anleihe; kann doch ein weiteres Anhalten der gegenwärtigen Ausgaben die Stabilisierung des Złoty schwer bedrohen. Ein Sturz kann schon durch eine neue Teuerungswelle, durch eine Kündigung der kurzfristigen Auslandskredite der polnischen Banken, über deren skandalöse Wirtschaft die amerikanische Finanzmission gerade ein vernichtendes Urteil gesprochen hat, hervorgerufen werden. Gefährlich ist auch die gewaltige Zunahme des Valutabedarfs auf den polnischen Börsen; die Steigerung beläuft sich auf über 100 Prozent. Die Bank Polski verfügt nicht über genügende Reserven, um den Złotykurs wirklich schützen zu können.

Auf der einen Seite ein wachsendes Defizit und erschöpfte Kassen, auf der anderen Seite Hoffnung auf Deckung der Mindereinnahmen durch plötzliche Erhöhung der Eingänge: das ist eine „Fatamorgana", das ist dieselbe verkehrte Politik, die unter Władysław Grabski das Land ins Unglück führte. Eine Erhöhung der Monopole wird vorläufig nicht erfolgen, da die Landbevölkerung wegen der mäßigen Ernte den Konsum eingeschränkt hat. Der beste Barometer für die Konsumkraft der ländlichen Bevölkerung ist immer der Stand der Textilindustrie gewesen. Gerade hier aber hat die ländliche Bevölkerung ihren Verbrauch bedeutend reduziert.

Gelingt die Schaffung ausreichender Kassareserven nicht, so kann von einer Aufheiterung der dunklen Budget- und allgemeinen Wirtschaftsatmosphäre nicht die Rede sein. Will Polen sich selbst genügen, so muß es mit einem ewigen Defizit rechnen. Ein wirkliches Budgetgleichgewicht kann nur mit Hilfe einer großen Auslandsanleihe erreicht werden, die freilich nicht für unproduktive Zwecke verwendet werden darf. Klarner hat diese Notwendigkeit vor dem Sejm nur ganz leise angedeutet. Dafür spricht aber der Chef der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftsmission, Herr Kemmerer, eine sehr vernehmliche Sprache.

Ein Vorstoß gegen Klarner.

Der Budget-Voranschlag in der Kommission.

♂ **Warschau**, 22. September. In der heutigen zweiten Lesung des Budgetpräliminariums in der Budgetkommission des Sejm unternahmen die Nationaldemokraten einen scharfen Vorstoß gegen den Finanzminister Klarner, der in Wirklichkeit dem Marschall Piłsudski gilt. Sie brachten einen Antrag ein, demzufolge das Budget für das vierte Quartal von 484 Millionen auf 450 Millionen Złoty herabgesetzt werden soll. Der Antrag wurde wider Erwarten mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Der Finanzminister stellte hierauf die Vertrauensfrage, über die die Kommission in der nachmittag stattfindenden Sitzung abstimmen wird. Außerdem wurde ein Antrag der Christlich-Nationalen angenommen, demzufolge der Finanzminister für jede Überschreitung des Budgets die persönliche Verantwortung tragen müsse. Aus den heutigen Beratungen über das Budget ging hervor, daß das Militärbudget im dritten Quartal nicht um 12, sondern um 32 Millionen Złoty erhöht worden ist. Die Regierung erklärt jedoch, daß darunter 20 Millionen Überbleibsel aus anderen Quartalen seien. Der Antrag der Christlich-Nationalen zielt dahin, den Finanzminister gegen den Kriegsminister auszuspielen.

*

Die dritte Lesung vertagt.

Warschau, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die für gestern nachmittag angesetzte Sitzung der Budgetkommission, in welcher die dritte Lesung über den Staatshaushalts-Voranschlag für das vierte Vierteljahr erfolgen sollte, wurde auf Wunsch des Ministerpräsidenten Bartel, der sich von Drusgieniki mit dem Sejmmarschall Rataj telephonisch in Verbindung gesetzt hatte, auf heute vormittag 10 Uhr verschoben. Der Ministerpräsident will aus Anlaß der in der zweiten Lesung an dem Provisorium gemachten Streichungen und in Anbetracht des Vorstoßes gegen den Finanzminister Klarner ebenfalls an der Sitzung teilnehmen, und diesem Wunsche wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Christlich-Sozialen, der Christlich-Demokraten, der Piasten, der Nationalen Arbeiterpartei, des Deutschen und des Jüdischen Klubs entsprochen.

Die nationaldemokratische **„Gazeta Poranna"** schreibt heute, daß im Regierungslager augenblicklich ein Chaos herrsche, weil im Sejm nicht allein gegen die Regierungsvorlage, sondern auch gegen verschiedene Minister eine starke Opposition bestehe. Der Sejm wolle sein Kontrollrecht ausüben, und den Auftakt hierzu gab gestern die Kommission. Ministerpräsident Bartel kehrte daher nach seiner Unterredung mit dem Marschall Piłsudski, nachdem er von ihm entsprechende Instruktionen erhalten hatte, beschleunigt nach Warschau zurück. Bartel soll für jeden evtl. Zwischenfall vorbereitet sein. **In gewissen, der Regierung nahestehenden Kreisen sind sogar Gerüchte im Umlauf, daß der Ministerpräsident die Sejmauflösung nach Warschau mitgebracht habe.** Man wolle dadurch auf die Opposition einwirken. Verschiedene Parteien sind auch bereits, im Gegensatz zu ihrer Haltung vom Tage vorher, unsicher geworden, vor allem der Jüdische Klub, dessen kürzliche Beschlüsse sich hauptsächlich gegen den Kultusminister richteten. Dieser hat nun gestern den Auftrag gegeben, den „numerus clausus" bei der Lemberger Universität aufzuheben. Der Sejmklub der Piasten hielt gestern ebenfalls eine vertrauliche Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, für die Regierungsvorlage zu stimmen.

In den Wandelgängen des Sejm hieß es gestern, daß die Regierung den Posener Wojewoden Grafen Bniński auf seinem Posten belassen wolle, falls der Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Młodzianowski nicht durchkommt. Die „Rzeczpospolita" ist jedoch der Ansicht, daß der Antrag die Mehrheit erlangen werde.

Der Deutsche Klub zur Regierung.

Warschau, 22. September. Die **Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat** hielt nach Schluß der ersten Sitzung des Sejm nach den Ferien eine Sitzung ab, um zu dem Budgetprovisorium und der Regierung Stellung zu nehmen. Es wurde festgestellt, daß sich die Verhältnisse im Lande keinesfalls gebessert haben. **Die Behörden haben ihre Haltung der deutschen Minderheit gegenüber nicht geändert.** In Oberschlesien besonders wüten die ehemaligen Aufständischen in brutalster Weise gegen die dortigen deutschen Bürger Polens. Die Ernennung eines ehemaligen Aufständischen zum Wojewoden von Schlesien bedeutet eine Herausforderung der Deutschen. Die Erhöhung des Militärbudgets nehmen die deutschen Vertreter im Sejm mißbilligend zur Kenntnis. Sie verurteilen mit aller Schärfe die geplante abermalige Erhöhung der Steuern und werden sich gegen diese erklären.

Es wurde daher beschlossen, **gegen das Budget** zu stimmen. Zu diesem Beschluß wird Abg. Piesch im Namen der deutschen Fraktion im Plenum Stellung nehmen.

Hinsichtlich des Unterrichtsministers wurde beschlossen, eine abwartende Haltung einzunehmen. Was die Stellungnahme gegenüber dem Innenminister anbelangt, so wurde beschlossen, nicht gegen ihn zu stimmen, und zwar aus dem Grunde, weil die gegen ihn eingeleitete Kampagne von den deutschfeindlichsten Elementen ausgeht.

Der Stand des Złoty am 23. September:

In Danzig: Für 100 Złoty 57,10
In Berlin: Für 100 Złoty 46,53
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Polski: 1 Dollar = 8,94
In Warschau inoffiziell 1 Dollar 8,99.

Ein vernichtendes Urteil.

Professor Kemmerer über die Finanzlage Polens.

Warschau, 23. September. Der Bericht des amerikanischen Sachverständigen Prof. Kemmerer, der die Ergebnisse der Studien seiner Mission über die Finanz- und Wirtschaftslage Polens enthält, soll nach der Ankündigung des Finanzministers Klarner in Druck gegeben und zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden. Doch schon jetzt machen Warschauer Blätter ihre Leser mit den grundsätzlichen Thesen Kemmerers bekannt.

Nach Ansicht Prof. Kemmerers gehört Polen zu den reichsten Ländern der Welt. Doch die natürlichen Reichtümer verlieren ihre Bedeutung, sofern sie nicht durch eine rationelle Wirtschaft ausgenutzt werden. Im polnischen Wirtschaftsleben ist allzu großer Optimismus und die sich hieraus ergebende Unvorsichtigkeit im Handeln offenbar.

Polen wollte, obwohl es kaum zu gehen begann, schon fliegen.

Als einen der größten Mängel Polens sieht Professor Kemmerer das hiesige Steuersystem an, das er direkt schändlich nennt. Ein besonderes Kuriosum sei die Umsatzsteuer die etliche Male von ein und derselben Ware erhoben wird. Während ein Teil der Bevölkerung mit Steuern überlastet ist, zahlt die andere Schicht zu wenig.

In wirtschaftlicher Hinsicht müßte Polen sich nach Ansicht des amerikanischen Sachverständigen hauptsächlich auf die ländliche Produktion stützen, da es eine hervorragende Landwirtschaft besitzt. Aus diesem Grunde hält Prof. Kemmerer **die Agrarreform** für Polen als **ein gefährliches Experiment.** Ausdrücklich warnt Kemmerer vor der Etatisierung in der Form von Monopolen und Konzessionen. Ein hartes Urteil fällt Prof. Kemmerer über die Banken; er empfiehlt u. a., nach amerikanischem Muster eine Staatskontrolle über die Banken einzuführen. Endlich ist Kemmerer der Meinung, **daß Polen ohne eine bedeutende Auslandsanleihe nicht auskommen werde.**

Stresemanns Rückkehr.

Genf, 23. September. (PAT.) Reichsaußenminister Stresemann hat am Mittwoch nachmittag Genf verlassen. Vor seiner Abreise empfing er Vertreter der ausländischen Presse, wobei er verschiedene Gerüchte richtigstellte, die im Zusammenhange mit seiner gestrigen Ansprache auftauchten und die in Genf einen ziemlich großen Eindruck hervorriefen. Einleitend erklärte Stresemann, er müsse sich nach Berlin begeben, um dem Ministerrat über die Verhandlungen in Thoiry Bericht zu erstatten, nachdem der französische Ministerrat sich bereits am vergangenen Mittwoch mit dieser Frage beschäftigt hat. Der Minister stellte fest, daß sich seine Genfer Politik auf eine große parlamentarische Mehrheit und auf eine noch größere Mehrheit des deutschen Volkes stütze. Auf die Unterredungen mit Briand zurückkommend, stellte Stresemann abermals fest, daß es sich hierbei nicht allein um die Verringerung des Kontingents der Besatzungstruppen, sondern auch um die vollkommene Räumung dieses Gebiets sowie um die Rückgabe des Saargebiets gehandelt habe.

Auf einem von der deutschen Kolonie gegebenen Bankett erklärte Minister Stresemann, daß die feierliche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein Beweis dafür sei, daß die Frage der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch in günstigem Sinne erledigt und daß die gegen Deutschland erhobene moralische Anklage von den im Völkerbund vertretenen Nationen zurückgezogen worden sei. Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte Minister Stresemann die Notwendigkeit, daß Deutschland die Rechte auf Köln und die Souveränität des Reichs über alle deutsche Gebiete — unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker — wieder zuerkannt werden,

*

Die überschwengliche „Germania."

Politik ist eine Kunst der Mäßigung, nicht der Maßlosigkeit.

Die Berliner „Germania" verfügt über einen Genfer Berichterstatter, der ob des Zwiegespräches zwischen Briand und Stresemann ganz aus dem Häuschen geraten ist. Der temperamentvolle Mann schreibt:

„Auch der Traum der deutsch-französischen Freundschaft wird in Erfüllung gehen, so wie die Entente cordiale Wirklichkeit geworden ist. Wir sind seit langem überzeugte, ja leidenschaftliche Anhänger und Vorkämpfer der deutsch-französischen Verbrüderung. Unsere französischen Freunde aber mögen durch den verhaltenen Jubel, der heute aus manchem nicht verwöhnten deutschen Herzen hervorbricht, sich nicht beirren lassen, sie sind dennoch auf dem richtigen Wege. Seit den ältesten Germanenzeiten ist unsere Nation stolz gewesen auf ihre **deutsche Treue,** dem gegebenen Wort. **Dem Lande mit der glorreichen Vergangenheit und der verführerisch glänzenden Kultur, das unser westlicher Nachbar ist, werden wir die Treue nicht kümmerlicher zumessen.** (!) So sicher wie auf Cannes 1922 ein London 1924 gefolgt ist, bleibt der Gedanke deutsch-französischer Freundschaft sieghaft. Er ist das Ei des Kolumbus für Europas politische und wirtschaftliche Nöte. Der ehrliche Makler des Versöhnungswerkes aber war Chamberlain. Das soll ihm nicht vergessen sein."

Man kann über diesen unangebrachten und taktlosen Freudenrausch zur Tagesordnung übergehen. Wenn nur der Kater nicht ausbleibt!

Eine neue Unterredung mit Zaleski.

Paris, 23. September. (PAT.) Das **„Journal des Débats"** veröffentlicht eine Unterredung seines Korrespondenten mit dem polnischen Außenminister Zaleski, nach dessen erster Begegnung mit Stresemann in der Sitzung des Völkerbundrats. Minister Zaleski gibt zu, daß Stresemann durch sein Auftreten Beweise der Mäßigung gegeben habe. Über die **künftigen deutsch-polnischen Beziehungen** befragt, erklärte Minister Zaleski:

Beide Länder haben in erster Linie die Pflicht, sich in allen ihren Beschlüssen dem Pakt und den Idealen der Liga anzupassen. Was Polen betreffe, so habe es alles getan, um die besten Beziehungen mit Deutschland herbeizuführen; dasselbe gelte von Danzig, dessen Wirtschaftslage binnen kurzem eine Besserung erfahren werde. Auf Frankreich übergehend, gab der Minister seiner größten Sympathie über die Beziehungen Ausdruck, die beide Länder einen und erklärte mit dem Brustton der Überzeugung, daß Polen entschlossen sei, das Bündnis mit Frankreich um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Abgesehen von realen Interessen seien Polen und Frankreich auch durch eine Reihe von Fragen auf moralischem Gebiet verbunden. Zaleski gab seiner Befriedigung über die Haltung Frankreichs bei der Besetzung der Ratssitze Ausdruck. „Wir haben," sagte der Minister, „das Maximum dessen erreicht, was man unter den gegenwärtigen Verhältnissen erreichen konnte. Die Erlangung eines ständigen Ratssitzes wird für Polen das Ziel bleiben, das anzustreben wir nicht aufhören werden.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die Beziehungen Polens zur Kleinen Entente, die stets die besten sein werden. Als Beweis hierfür dürften die Bündnisse angesehen werden, die mit den einzelnen Mitgliedern der Kleinen Entente abgeschlossen wurden. Auf die Frage über die Beziehungen zu Rußland erklärte der Minister, daß diese vollkommen normal seien, und daß er die Hoffnung habe, daß dieser Zustand auch andauern werde.

*

Die „üblichen Phrasen"?

Sabotage von Rechts.

Die polnische Rechtspresse sucht weiter die polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen zu sabotieren. So schreibt der **„Kurjer Poznański"** an die Adresse des Außenministers Zaleski u. a.:

„Nicht um zu polemisieren, sondern aus tiefster Überzeugung fordern wir den Minister Zaleski auf, in Sachen des deutsch-polnischen Verhältnisses die größte Vorsicht zu beobachten. In Polen gab es keinen Minister und keine Regierung und wird es auch diese nicht geben, die imstande wäre, einen Vertrag mit Berlin auf Kosten polnischer Lebensinteressen zu unterschreiben. (Das verlangt auch niemand! D. R.) Wir möchten deshalb auch gewisse Äußerungen des Herrn Zaleski gegenüber dem Genfer Korrespondenten der „Germania" nur als

allgemeine Redensarten

bewerten, die zu nichts verpflichten und keiner Sache präjudizieren. Herr Zaleski muß doch wohl wissen, daß es nicht so ist, wie er sagte, nämlich daß es angeblich in Sachen der Liquidation keine großen Gegensätze und in der Niederlassungsfrage keine grundsätzlichen Unterschiede in der Auffassung gäbe. Wenn man diese Erklärungen nicht als die

üblichen Phrasen

ansehenp könnte, die bei Interviews gebraucht werden, müßten wir dem gegenüber einen vollständig anderen Standpunkt einnehmen. Die nationale öffentliche Meinung wird jedenfalls die Entwicklung der offiziellen Politik gegenüber Deutschland mit größter Wachsamkeit verfolgen und mit der Bereitschaft, darauf in energischster Weise zu reagieren, wenn dies notwendig sein sollte. Möge sich in dieser Beziehung niemand irgendwelchen Täuschungen hingeben."

Die Genfer Entscheidung über die Danziger Finanzreform.

(Von unserem ständigen Danziger Berichterstatter.)

Der Rat des Völkerbundes hat in seiner Sitzung vom 20. 9. 1926 über die Finanzreform der Freien Stadt Danzig verhandelt und im allgemeinen im Sinne des vom Finanzkomitee des Völkerbundes am 14. 9. vorgelegten Berichtes entschieden.

Nach diesem Bericht wird die Befürwortung einer Anleihe für Danzig in Höhe von 30 Millionen Gulden in Vorschlag gebracht unter der Voraussetzung, daß Danzig vorher mit der Reparationskommission und Botschafterkonferenz wegen der Danziger Gründungskosten und mit Polen wegen der Zollverteilung und der Einführung des Tabakmonopols zu einem Übereinkommen gelange. Außerdem soll Danzig bis zur nächsten Sitzung des Finanzkomitees am 2. 12. 1926 in Ergänzung der bisher von der Freien Stadt ins Auge gefaßten Ersparnismaßnahmen einen weiteren Reformplan vorlegen, der den Höchstbetrag der Haushaltsausgaben für 1927 und 1928 festsetzen und eine weitere Herabsetzung der Zahl der Beamten und Angestellten um 800 sowie eine Verringerung der Mitgliederzahl vom Volkstag und Senat vorsehen, ferner die Zeitgrenze für den Abbau der Gehälter beseitigen, das Etats- und Rechnungswesen vereinfachen und besonders strenge Bestimmungen enthalten soll über die Überwachung der Erwerbslosenunterstützung hinsichtlich ihrer Dauer und der Höhe der Sätze, die in ein richtiges Verhältnis zu den Arbeitslöhnen zu bringen wären. Danzig soll sich ferner verpflichten, in Zukunft ohne Genehmigung des Finanzkomitees außer für die Erneuerung der augenblicklich schwebenden Schuld keine neuen kurz- oder langfristigen Schulden aufzunehmen.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig bezeichnete während der Verhandlungen die vom Finanzkomitee aufgestellten Anleihebedingungen, die über den nur unter schweren inneren Kämpfen in Danzig zustandegekommenen Finanzreformplan, ebenso wie über die Londoner Beschlüsse des Finanzkomitees weit hinausgingen, als zum Teil unerfüllbar und als eine harte Enttäuschung für die Freie Stadt. Danzig werde durch diese schweren Bedingungen und durch die Herabsetzung des Anleihebetrages von 60 auf 30 Millionen Gulden in eine äußerst schwierige Lage gebracht, zumal erst am 11. 9. nach Abschluß der Beratungen des Finanzkomitees, der Danziger Regierung eine erhebliche Forderung der Botschafterkonferenz vom 16. 7 zugegangen sei, die eine ratenweise Erstattung der Kosten für die alliierten Besatzungen vom Jahre 1920 bereits ab 1. 9. 1926 vorsehe. Diese Forderung hat naturgemäß bei Aufstellung des Danziger Finanzprogramms noch nicht berücksichtigt werden können. Vergebens bemühte sich Dr. Sahm, eine Milderung der Bedingungen des Finanzkomitees zu erlangen, wobei er ganz besonderen Wert darauf legte, daß Danzig von der ihm auferlegten Verpflichtung, keine neue Schuld ohne Genehmigung des Finanzkomitees aufzunehmen, befreit werde, weil bei plötzlichem Bedarf sich aus der Unmöglichkeit schneller Beschaffung von Geldmitteln für Danzig unerträgliche Zustände entwickeln könnten.

Auch die warme Fürsprache des deutschen Außenministers Dr. Stresemann, der sich besonders für die letztgenannte Forderung Danzigs einsetzte, konnte es nicht verhindern, daß der Rat im allgemeinen den Bericht des Finanzkomitees genehmigte. Das einzige, was der Danziger Senatspräsident schließlich zu erreichen vermochte, war die auch vom Ratsvorsitzenden Dr. Benesch befürwortete Einwilligung des Rates, daß zwecks Beschleunigung des Verfahrens der Vorsitzende des Finanzkomitees auch unter eigener Verantwortung Danzig die Vollmacht zur Aufnahme einer neuen Schuld erteilen dürfe.

Die Verwirklichung der vom Finanzkomitee der Freien Stadt auferlegten Bedingungen wird in den nächsten Monaten harte Kämpfe im Danziger Senat und Volkstag verursachen. Bei der Abneigung, die in der zur Zeit regierenden sozialdemokratischen Partei gegen eine Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge, die einen wichtigen Teil des Reformprogramms bildet, besteht, ist der Ausbruch einer Regierungskrise während der Verhandlungen über diese Frage nicht ausgeschlossen.

H. H.

Der englische Streik.

Neue Vorschläge der englischen Bergarbeiter.

Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Morgenblätter melden, haben sich die englischen Bergarbeiter den Ministern gegenüber bereiterklärt, in Verhandlungen um eine Lohnherabsetzung und die Verlängerung der Arbeitszeit einzutreten. In Fällen, wo keine Einigung erzielt wird, soll der Schiedsspruch eines Schiedsgerichtes, bestehend aus vier Mitgliedern der Kohlenkommission unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters angenommen werden. Der Premierminister hat an die Grubenbesitzer nochmals die Aufforderung gerichtet, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

*

London, 23. September. (PAT.) Der König hat ein Dekret über die abermalige Verlängerung des Ausnahmezustandes um einen Monat unterzeichnet.

Deutsches Reich.

Blutige Krawalle in Breslau.

Am Dienstag nachmittag kam es in Breslau zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitslosen. Gegen 5 Uhr nachmittags versuchte ein Zug von mehreren tausend Leuten vor das Rathaus zu gelangen, wo gerade Verhandlungen über Notstandsarbeiten im Gange waren. Die Demonstranten fügten sich nicht den Anordnungen der Polizei, die den Ring in der Stunde des stärksten Verkehrs freihalten wollte. Die Polizei wurde von den Demonstranten angegriffen und mit Steinen beworfen. Sie versuchte zunächst mit dem Gummiknüppel Ordnung zu schaffen und ging dann mit der blanken Waffe vor.

Als die Menge immer noch nicht weichen wollte, griff man zur Schußwaffe und gab zunächst Schreckschüsse ab. Dann wurde scharf geschossen. Eine ganze Reihe von Teilnehmern des Demonstrationszuges und leider auch scheinbar Unbeteiligte wurden verletzt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht zu übersehen. Die Zahl der von der Polizei Verwundeten wird auf sechs angegeben; eine Frau wurde getötet.

Der Kampf mit der Teuerung.

In der letzten Zeit sind die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel, namentlich für Lebensmittel, recht beträchtlich in die Höhe gegangen. Die lokalen Statistiken geben bei ihren periodischen Aufstellungen kein übersichtliches Bild von der Lage, da sie die letzten Berechnungen nur mit denen des Vormonats vergleichen, wobei dann die Zunahme der Teuerung unter Umständen nur sehr gering erscheint. Tatsächlich ist die Teuerung bereits so gestiegen, daß sie schon seit langem in der Bevölkerung, namentlich in den Kreisen, die auf feste Bezüge angewiesen sind, schwer empfunden wird. Das ist ganz natürlich, wenn man bedenkt, daß einzelne wichtige Lebensmittel wie Milch, Eier, Fleisch und Wurst in den letzten Jahren etwa um 100 Prozent im Preise gestiegen sind. Nicht viel besser steht es mit dem Verhältnis der Brotpreise zwischen einst und jetzt. Im Januar 1925 kostete ein Dreipfundbrot in Bromberg 55 Groschen, und vor kurzem war der Preis 85 Groschen; erst neuerdings ist er auf 80 Groschen heruntergegangen. Von den Kolonialwaren gar nicht zu reden, von denen eine der wichtigsten, der Kaffee, der längst ein kaum entbehrliches Volksgenußmittel geworden ist, in den letzten Jahren um mehrere Hundert Prozent im Preise gestiegen ist. Vor dem Kriege kostete Kaffee bester Qualität 2 Mk. das Pfund, Ende 1924 und im ersten Halbjahr 1925 4 Złoty, und heute zahlt man für dieselbe Ware 8,80 Złoty, und für die geringste Qualität noch 5,60 Złoty. Erstaunlich muß die rund 100prozentige Preissteigerung für Zucker in einem Lande erscheinen, wo gewaltige Mengen Zuckerrüben gebaut werden und die Zuckerfabriken in technischer Hinsicht auf der Höhe stehen.

Diese Verhältnisse, die sich in den letzten Monaten noch verschärft haben, mußten natürlich die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich ziehen. Unter dem 29. 12. 25 ist ein Gesetz gegen wucherische Preisstellung ergangen, unter dem 10. 2. 26 folgte eine entsprechende Verordnung des Ministerrates und am 31. 8. 26 eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung des Staatspräsidenten, die den Minister des Innern resp. die Wojewodschaftsämter resp. die Verwaltungsbehörden erster Instanz ermächtigt, auf Grund von Gutachten der Preisprüfungskommissionen für die wichtigsten Waren des täglichen Bedarfs die Preise festzusetzen. Nach der Verordnung vom 31. 8 26 können der Minister des Inneren resp. die ihm unterstellten Instanzen folgendes regeln:

a) Die Ausmahlung und Verbackung von Brotgetreide;

b) die Preise für Erzeugnisse von Brotgetreide, für Fleisch und Fleischwaren, für Bekleidung, Schuhwerk, Petroleum, Kohle und Eisen. Und zwar soll die Regelung der Preise dieser Artikel auf Grund der Erzeugungskosten und der wirtschaftlich gerechtfertigten Einkaufskosten erfolgen.

Überträgt der Minister resp. der Wojewode die Vollmacht zur Festsetzung der Preise auf die Verwaltungsbehörden erster Instanz, so sind die Warengattungen, auf die sich die Preis-Festsetzung zu erstrecken hat, in dem Auftrag zu bezeichnen. Verstöße gegen die festgesetzten Preise können mit Haft bis zu 6 Wochen und mit Geldstrafe bis zu 10 000 zł bestaft werden; auch können die Waren, bei denen eine Überschreitung der Höchstpreise stattgefunden hat, konfisziert werden.

Auf Grund dieser Bestimmungen hat sich — wie Posener polnische Blätter melden — am 16. d. Mts. die Preisprüfungskommission für die Stadt Posen mit der Prüfung der Preise für Backwaren, Fleisch und Fleischwaren beschäftigt. Nach längerer Debatte beschloß die Kommission mit 6 von 9 Stimmen bei einer Enthaltung, von der Aufstellung von Höchstpreisen abzusehen und es bei der bisherigen Methode, nämlich bei der Festsetzung von Richtpreisen, zu belassen.

Gleichzeitig berichtet das Posener Wojewodschaftsamt über die Sitzung einer Preisprüfungskommission, die aus gleichem Anlaß in Posen getagt hat, von der man aber nicht weiß, auf welchen Bezirk sie sich bezieht. Die Mitteilung der Wojewodschaft lautet:

„Am 17. d. Mts. fand unter Vorsitz des Vorsitzenden der Verwaltungsabteilung der Wojewodschaft Herrn Chorzemski eine Sitzung der Preisprüfungskommission statt, die nach einer Diskussion grundsätzlich beschloß, Höchstpreise für Brot, Backwaren und Fleisch festzusetzen. Beschlossen wurde auch ein spezieller Preistarif. In der Diskussion zeigten die Vertreter der Produzenten und Konsumenten den redlichen Willen zu einer harmonischen Erledigung dieser Frage, was eine rasche Verständigung ermöglichte und sicherlich dazu beitragen wird, die Teuerung aufzuhalten."

Wie gesagt ist aus dieser Mitteilung nicht ersichtlich, auf welchen Bezirk sich dieser Beschluß bezieht; die Stadt Posen kann nicht in Frage kommen, da dort, wie oben berichtet, die für die Stadt zuständige Kommission andere Beschlüsse gefaßt hat.

In der Stadt Bromberg war der Magistrat schon vor Erlaß der Verordnung vom 31. 8. 1926, nämlich auf Grund der Verordnung des Ministerrats vom 10. 2. 1926 in dieser Frage vorgegangen und hatte auf Grund des Gutachtens der Preisprüfungskommission durch Verordnungen vom 4., 12. Juni und 14. September d. Js. Höchstpreise für gewisse Lebensmittel festgesetzt. Wir halten es für fraglich, ob die letzte dieser Bekanntmachungen, die hier allein noch in Frage kommen kann, Rechtskraft besitzt, da sie sich bei Bemessung der Strafen auf das Gesetz vom 29. 12. 1925 beruft, das durch die Verordnung vom 31. 8. 1926 ausdrücklich aufgehoben worden ist.

Diese ganze Kampfansage gegen die Teuerung wird ja sicherlich insofern nicht ganz erfolglos bleiben, als dadurch vereinzelten Geschäftemachern übler Observanz, die in Zeiten wirtschaftlicher Krisen immer auf dem Plan erscheinen, von vornherein das Handwerk gelegt wird. Wer aber von solchen Maßnahmen einen allmählichen Abbau der Teuerung erwartet, der hat von dem Wesen der letzteren und ihren Ursachen und von der Macht polizeilicher Mittel dagegen keine richtige Vorstellung. Die Grundursache der Teuerung in unserem Falle ist nämlich nicht allgemeiner Warenwucher, sondern letzten Endes der schlechte Kursstand des Geldes.

Der Einwand, daß im Kurse schlecht stehendes Geld im eigenen Lande eine höhere Kaufkraft besitze, als dies der Kurs anzeige, hat nur bedingte Geltung. Zu Beginn der Entwertung trifft das gewiß zu, je länger die Geldkrise aber dauert, desto mehr muß das niedrige Kursniveau trotz aller polizeilichen Gegenmaßnahmen auf dem heimischen Markte in die Erscheinung treten, bis sich schließlich die auf dem Kurszettel bezeichnete Geldentwertung bei jeder einzelnen Ware ganz auswirkt. Die dagegen angewandten Verwaltungs- und polizeilichen Maßnahmen müssen wirkungslos bleiben, weil die Preisentwickelung auf ganz legale Weise vor sich geht, und der Polizei dadurch jede Handhabe zum Einschreiten genommen ist. Der Weg, den diese Entwicklung nimmt, ist sehr einfach: Die Teuerung beginnt mit den Importwaren, auf die mehr oder weniger jedes Land angewiesen ist. Diese Importwaren müssen mit fremdem, vollwertigem Gelde bezahlt werden, zu dessen Beschaffung erhöhte Mengen des entwerteten Geldes verwandt werden müssen. Diese importierte Ware wirkt nach dem Verhältnis ihres Bedarfs preiserhöhend auf andere Waren ein. Ein Fabrikant z. B., der importierte, also teurere Rohstoffe verwendet, erhöht dadurch seine Produktionskosten und muß, wenn er seine Gewinnrate nicht vermindern will oder kann, den Preis für seine Fabrikate höher stellen. Der Käufer dieser Fabrikate muß andererseits sehen, daß er den erhöhten Betrag anderweitig wieder einholt. Ist er selbst auf anderem Gebiete Produzent, so wird er seinerseits für sein Fabrikat einen höheren Preis verlangen.

Der Landwirt, der so verteuerte Waren für seinen Betrieb oder für seinen Hausgebrauch in größeren Mengen kaufen muß, würde seinem Ruin entgegengehen, wenn er nicht für seine teueren Bedarfsartikel dadurch einen Ausgleich suchte, daß er für seine eigenen Produkte einen höheren Preis verlangt. So treibt langsam aber sicher ein Keil den anderen. Handelt es sich dabei um große Konsumartikel, die jedermann braucht, wie Kleidung, Wäsche, Stiefel usw., so geht der Nivellierungsprozeß rascher vonstatten, d. h. die Teuerung verallgemeinert sich schneller. Ein gewisser Höhepunkt wird erreicht, wenn in den Strudel die Lebensmittel einbezogen worden sind, da dann die Sorge um die Nahrung die Massen mit der Forderung höherer Löhne auf den Plan treibt. Wird der Forderung genügt, so beginnt eine neue Entwicklungsphase: Die Lohnerhöhung führt zu einer weiteren Erhöhung der Produktionskosten und bildet somit einen neuen Anlaß zur Erhöhung der Preise. Die Schraube ist in Bewegung, und keine noch so drakonischen polizeilichen Maßnahmen sind imstande, sie aufzuhalten oder gar zurückzudrehen. Die Preisprüfungskommissionen können nicht anders als der Entwicklung folgen, denn sie sind ja nach dem Gesetz nur befugt, die Preise auf Grund der Produktions- bzw. Einkaufskosten festzusetzen.

Auf die weiteren Folgen derartiger Entwicklungen braucht nicht erst besonders hingewiesen zu werden, da wir sie in der hoffentlich für immer hinter uns liegenden Inflationszeit schaudernd selbst erlebt haben.

Aus dem Vorstehenden ist ersichtlich, wo der Hebel anzusetzen ist, um der Teuerung halt zu gebieten. Magistratliche Preisfestsetzungen gehören zu den kleinen Palliativmitteln, um vereinzelte Warenwucherer, die aber den allgemeinen Preisstand nicht beeinflussen können, beim Kragen zu fassen. Das einzig wirksame Mittel gegen die Teuerung, die nicht aus dem Mangel an Waren entspringt, ist die Sanierung der Währung, und die wird erreicht durch sparsame Staatswirtschaft und durch Ordnung im Staat und in den Finanzen, die das Vertrauen des Auslandes in unsere Wirtschaft und unsere Zahlungsfähigkeit wieder herstellt.

Offiziere und Offizierspferde.

Eine neue Mär vom heiligen Bürokratius.

Der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" erzählt (in Nr. 261 vom 22. d. M.) folgende hübsche Geschichte:

Das Kriegsministerium gab eine Verordnung heraus, nach welcher es nicht gestattet ist, Offiziere und Unteroffiziere auf eigenes Verlangen und auf Kosten des Staatsschatzes von einem Regiment in das andere zu versetzen. Dies bedeutet eine Erschwerung der Versetzung von Militärpersonen aus Sparsamkeitsgründen. Soweit will uns die Verordnung als durchaus gerecht erscheinen.

Doch die Verordnung, die für Menschen Anwendung findet, bezieht sich nicht auch auf Pferde. Kommt ein Fall vor, daß z. B. ein Offizier aus Wilna zur Artillerieschule nach Thorn oder ein Gemeiner zur Fähnrich-Schule nach Warschau abkommandiert wird, so muß seine Formation ihm mit der Bahn ein Pferd schicken (zum Transport eines Pferdes muß ein verdeckter Waggon gestellt werden), das nach Absolvierung des Kurses wieder zur Formation zurückkehrt. Die Kosten des Transports eines Pferdes hin und zurück übersteigen den Wert des Pferdes. Des öfteren sogar um das Vielfache. Auch bei der Versetzung von Offizieren in andere Garnisonen werden deren Pferde mit der Bahn dorthin befördert. Solche Versetzungen und Abkommandierungen gibt es viele Hunderte in der Armee. Berechnet man die Kosten des jedesmaligen Transportes eines Pferdes durchschnittlich mit 400 zł, so kann man sich ein Bild über die ungeheure Summe der unnötigen Ausgaben machen. Gibt es denn, so fragt das Blatt, in Thorn oder Warschau keine Pferde? Diese Verordnung fällt um so mehr auf, als das Ministerium in den Jahren 1925 und 1926 die Veranstaltung von Pferderennen dort untersagt hat, wo man Pferde mit der Bahn zur Stelle hätte bringen lassen müssen. Der bürokratische Verstand bekennt sich also zu folgender Logik: Es ist aus Sparsamkeitsgründen nicht gestattet, Leute zu versetzen; gestattet dagegen ist der Transport von Pferden, dessen Kosten höher sind als der Transport der Menschen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 23. September.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa trockenes Wetter bei gleichbleibenden Temperaturen und wechselnder Bewölkung an.

Schließung deutscher evangelischer Schulen im Kreise Birnbaum.

Der Birnbaumer „Stadt- und Landbote" berichtet: Mit Beginn der Herbstferien am 18. d. M. ist die evangelische Volksschule in Neu-Zattum ohne Einhaltung der zweijährigen Karenzzeit aufgelöst worden, weil die gesetzlich vorgeschriebene Schülerzahl zurzeit nicht besteht. Der Lehrer Helmchen wurde demzufolge von dem Kuratorium in Posen ohne Angabe von Gründen aus dem staatlichen Schuldienst entlassen. Die evangelischen Kinder sind in die polnisch-katholische Schule in Chorzępowo eingeschult worden. Lehrer und Schulgemeinde bemühen sich, baldigst eine private Volksschule am Orte einzurichten. — An dem gleichen Tage wurde die bisherige dreiklassige deutsch-evangelische Volksschule in Birnbaum aus schulpolitischen Gründen aufgelöst und der hiesigen polnisch-katholischen Volksschule eingegliedert. Die evangelischen Lehrer und Schüler werden damit der Leitung des Rektors Konopiński unterstellt, so daß eine selbständige evangelische Volksschule in Birnbaum nicht mehr existiert. Der bisherige Leiter der evangelischen Volksschule glaubt aus Gewissensgründen der Versetzung an die polnisch-katholische Schule nicht Folge leisten zu können.

§ **Goldenes Doktorjubiläum.** Wie erst nachträglich bekannt geworden ist, feierte Herr Geh. Studienrat Prof. Dr. Rudolf Methner in diesem Jahre sein goldenes Doktorjubiläum. Die Universität Breslau hat ihm aus diesem Anlasse eine Erneuerung seines Doktordiploms übersandt. Prof. **Methner** ist am 23. September 1853 zu Lissa geboren, studierte in Leipzig und Breslau klassische Philologie und promovierte 1876 zu Breslau. 1878 wurde er zum Oberlehrer am Friedrich Wilhelm-Gymnasium in Posen ernannt und kam 1881 an das Gymnasium zu Bromberg. Seit dieser Zeit hat er ununterbrochen bis zu seinem Übertritt in den Ruhestand im Jahre 1919 an dieser Anstalt gewirkt. Generationen von Schülern verdanken dem beliebten Lehrer, dem Vorbilde eines echten deutschen Gelehrten, ihre klassische Bildung. Auch nach dem Übertritt in den Ruhestand hat Prof. Methner seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen, wo es not tat, dem Deutschen Privatgymnasium zu Bromberg zur Verfügung gestellt. Da der Jubilar gebeten hatte, von einer geplanten größeren Feierlichkeit abzusehen, überbrachte ihm an seinem heutigen Geburtstage eine Abordnung die Glückwünsche des Kuratoriums und Lehrerkollegiums des Deutschen Privatgymnasiums.

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute 9,30 Uhr früh bei Brahemünde + 2,96, bei Thorn + 0,71 Meter.

§ **Bromberger Schiffsverkehr.** Durch Brahemünde gingen im Laufe des gestrigen Tages nach der Weichsel ein Dampfer und zwei beladene Oderkähne. Nach Bromberg kamen drei unbeladene Oderkähne.

§ **Eine Hengstkörung** findet, wie uns das städtische Polizeiamt mitzuteilen bittet, am 21. Oktober d. J. auf dem Gelände des Schlachthauses um 11 Uhr vormittags durch eine Wojewodschaftskommission statt. Zur Körung sind vorzuführen alle Hengste a) die im Frühjahr 1927 das dritte Lebensjahr beenden, b) die im Vorjahre nicht registriert wurden, c) die im letzten Jahre eingeschrieben, aber nicht vorgeführt wurden und d) die Hengste, die im Vorjahr zur Kategorie II und III gezählt wurden. — Nicht vorgeführt zu werden brauchen Hengste, die im letzten Jahre als zur Zucht untauglich bezeichnet, desgleichen Hengste, die zur Kategorie I gerechnet wurden.

§ **Wieder ein Flugzeugunfall.** Ein Flieger der hiesigen Fligerabteilung wollte einige Kunstflüge veranstalten. Plötzlich geriet sein Apparat ins Schleudern. Der Pilot konnte ihn nicht mehr aufrichten. Mit gewaltiger Kraft stieß das Flugzeug auf die Erde auf und wurde zertrümmert, dabei erlitt der Flieger, der Flugschüler Nowak, sehr schwere Verletzungen.

§ **Verhaftet** wurde im Laufe des gestrigen Tages ein Betrunkener wegen nächtlichen Lärmens auf der Straße.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

* * *

* **Gurkingen** (Górki zagajne), Kr. Schubin, 21. September. Schulnot. Mit dem 1. September d. J. ist die hiesige evangelische Schule aufgehoben worden. Die Schülerzahl war auf 34 Kinder zurückgegangen. Die Gemeinde stellte den Antrag, daß ihre Kinder, wie es in der Kriegszeit war, nach dem wenige Kilometer entfernten Sartschin (Zarczyn) eingeschult würden. Statt eines Bescheides wurde der evangelische Lehrer versetzt und ein poln. katholischer Lehrer an die Schule berufen. Während bei einer Einschulung der Kinder in die Sartschiner evangelische Schule hätte gespart werden können, wurde jetzt, um die Gurkinger Schule als paritätische, d. h. polnische, aufrechterhalten zu können, von dem Gute Górki Dębski die Jugend der dortigen Dominialarbeiter nach Gurkingen eingeschult. Die 34 deutsch-evangelischen Kinder haben vorläufig noch einige deutsche Stunden in der Woche. Es wäre der Schulbehörde ein Leichtes gewesen, in Sartschin, wie es im Kriege war, eine evangelische Sammelschule zu errichten.

* **Wreschen** (Wrzesznn), 21. September. Gegen das unberechtigte Schrauben der Preise haben, wie der „Kurjer" berichtet, der Magistrat und die Stadtverordneten energische Schritte unternommen. Es sollte sofort eine städtische Bäckerei und ein Schlachthaus errichtet werden, falls die Bäcker und Fleischer die Preise nicht herabsetzten. Daraufhin haben die Bäcker die Preise erheblich herabgesetzt, die Fleischer bestehen aber auf ihren Preisen. Schon in den nächsten Tagen läßt der Magistrat eine Fleischerei errichten, in der die Bevölkerung zu angemessenen Preisen Fleisch erhalten soll.

r **Zirke** (Sieraków), 20. September. Nachdem in der vorigen Woche ein Landwirt aus Altforge auf dem Wege von Schneidemühlchen nach Altforge im Walde von zwei Strolchen überfallen und seiner Barschaft von 270 zł beraubt wurde, ist am Sonntag abend zwischen 8 und 9 Uhr der Kantinenpächter Tirtzner aus Kubisch im Walde zwischen Bronitz und Kubisch von vier Wegelagerern überfallen worden. Es wurden ihm unter Bedrohung mit einem Revolver die Taschen geleert. Dabei fielen den Räubern ein Browning und 700 zł in die Hände. Der Beraubte wurde dann entlassen und ihm „glückliche Reise" gewünscht. Da beide mal die Täter unerkannt entkommen sind, ist kaum damit zu rechnen, daß die sofort unternommenen eifrigen Nachforschungen der benachbarten Gendarmerie Erfolg haben werden.

Kleine Rundschau.

* **Die neue transatlantische Luftschifflinie.** Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Korrespondenzmeldung wird sich Dr. Eckener nach Madrid zu Verhandlungen über die Organisation der transatlantischen Luftschiffsverbindung begeben. Gleichzeitig wird eine Kommission nach Spanien abreisen, um die Vorbereitungen für die Inbetriebsetzung der neuen Luftschiffsverbindung Berlin—Sevilla zu erledigen. — In Friedrichshafen wird eifrig gearbeitet, um das Versuchsluftschiff für die neue transatlantische Linie fertigzustellen. Die Länge dieses Luftschiffes wird 250 Meter, die Breite 31, die Höhe 35 Meter betragen.

* **Revisionsantrag im Schröder-Prozeß.** Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Blättermeldungen aus Magdeburg hat der Verteidiger des zum Tode verurteilten Schröder Revision gegen das Urteil angemeldet.

* **500 Tote in Inkarnation.** Berlin, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Morgenblätter aus Asuncion melden, beträgt die Zahl der Toten in Inkarnation infolge der Wirbelsturmkatastrophe 500.

Wirtschaftliche Rundschau.

Lettländisch-polnische Eisenbahnkonferenz. Über die Eisenbahnkonferenz zwischen Lettland und Polen in Warschau vom 4. bis 13. September hat sich der Vorsitzende der lettländischen Delegation, Herr Beikman, Direktor der Hauptverwaltung der Eisenbahnen, wie folgt geäußert: Die Konferenz hat sich hauptsächlich mit der Frage der Benutzung der aus Polen eintreffenden Waggons beschäftigt. Unsere Delegation wies darauf hin, daß durch das Umladen und die Frachtverrechnungen an der Grenze dauernde Schwierigkeiten und Verzögerungen einträten. Daher sei es nicht ausschließlich die Schuld Lettlands, wenn die polnischen Waggons auf der Station Semgallen lange aufgehalten würden. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß Lettland für die sich in Semgallen aufhaltenden Waggons künftig keine Miete zu zahlen brauche. Ferner hat die Konferenz ein Projekt ausgearbeitet, nach welchem die Waggons so eingerichtet werden sollen, daß man an der Grenze die Spurweite verändern könne. — Endgültige Beschlüsse sind von der Konferenz einstweilen nicht gefaßt worden. Lettland hat der Konferenz ein ausführliches Projekt über den Ausbau der Verkehrsordnung zwischen beiden Staaten eingereicht, welches vom polnischen Verkehrsministerium begutachtet werden soll. Da auch polnischerseits die Notwendigkeit der Regelung dieser Angelegenheit erkannt wurde, kann man mit dem baldigen Zustandekommen der Eisenbahnkonvention rechnen.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 22. September. Wertpapiere und Obligationen: 3½- und 4proz. Vorkriegspfandbriefe 39,00. 6proz. listy zboż. Poz. Ziem. Kredyt. 13,90—14,00—13,95. 8proz. dol. listy Poz. Ziem Kredyt. 6,60—6,50—6,55. 5proz. Poż. konwers. 0,50. 10proz. Poż. kolejowa 1,55. — Bankaktien: Bank Przemysł. 1.—2. Em. 1,40. — Industrieaktien: Barcikowski 1—7. Em. 2,00. C. Hartwig 1.—7. Em. 15,00. Unja 1.—3. Em. 6,50. Wytw. Chem. 1.—6. Em 0,55. Fabr. Wyr. Ceram. Krotosz.-Przysieka 1.—2. Em. 2,50. Zj. Brow. Grodz. 1.—4. Em. 1,10. Tendenz: unverändert.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 23. September auf 5,9816 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 22. Septbr. Danzig: Ueberweisung 57,03 bis 57,17, bar 57,13—57,27, Berlin: Ueberweisung 46,53—46,77, bar 46,485—46,965, Neuyork: Ueberweisung 10,93, London: Ueberweisung 42,50, Zürich: Ueberweisung 57,50. Mailand: Ueberweisung 292, Amsterdam: Ueberw. 25,00, Czernowitz: 2170, Bukarest: Ueberweisung 2200, Budapest: bar 7825 bis 8125, Prag: Ueberweisung 374—380, bar 377—380, Wien: Ueberweisung 78,35—78,85, bar 78,40—79,40, Riga: Ueberweisung 65,00.

Warschauer Börse vom 22. Septbr. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 23,60, 23,66 — 23,54, Oslo —,—, Holland 361,50, 362,40 — 360,60, Kopenhagen —,—, London —, 43,89 — 43,67 (transit 43,79 —43,78), Neuyork 9,00, 9,02 — 8,98, Paris 24,85. 24,91 — 24,79, Prag 26,72, 26,78 26,66, Riga —,—, Schweiz 174,35, 174,74 — 173,86 (transf. 174,35—174,30, Stockholm —, Wien —, Italien 33,10, 33,18 — 33,02.

Züricher Börse vom 22. Septbr. (Amtlich.) Warschau —,—, Neuyork 5,17½, London 25,11½, Paris 14,22½, Wien 72,95, Prag 15,33, Italien 18,92½, Belgien 13,45, Budapest 0,0072,50, Helsingfors 13,03¾, Sofia 3,74, Holland 207½, Oslo 113,40, Kopenhagen 137,40, Stockholm 138,40, Spanien 78,75, Buenos Aires 210¾, Tokio 252,00, Bukarest 2,83, Athen 6,16, Berlin 123,30, Belgrad 9,14½, Konstantinopel 2,65.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 22. Septbr. Geld	Brief	In Reichsmark 21. Septbr. Geld	Brief
—	Buenos-Aires 1 Pes.	1.705	1.709	1.706	1.710
—	Kanada . . 1 Dollar	4.193	4.203	4.195	4.205
7,3%	Japan . . . . 1 Yen.	2.043	2.047	2.043	2.047
—	Konstantin. 1trk. Pfd.	2.18	2.19	2.192	2.202
5%	London 1 Pfd. Strl.	20.341	20.391	20.342	20.392
4%	Neuyork . . 1 Dollar	4.193	4.203	4.191	4.201
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.633	0.635	0.638	0.640
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.19	4.20	4.19	4.20
3,5%	Amsterdam . 100 Fl.	167.94	168.36	167.94	168.36
10%	Athen	5.09	5.11	5.09	5.11
7%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	10.92	10.96	11.29	11.33
5,5%	Danzig . . 100 Guld.	81.355	81.555	81.36	81.56
7,5%	Helsingfors 100 fi. M.	10.548	10.588	10.547	10.587
7%	Italien . . 100 Lira	15.33	15.37	15.30	15.34
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.415	7.435	7.41	7.43
5%	Kopenhagen 100 Kr.	111.35	111.61	111.35	111.61
9%	Lissabon . 100 Elsc.	21.475	21.525	21.475	21.525
5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	91.84	92.04	91.85	92.07
7,5%	Paris . . . 100 Frc.	11.50	11.54	11.69	11.73
6%	Prag . . . . 100 Kr.	12.412	12.452	12.412	12.452
3,5%	Schweiz . . 100 Frc.	81.01	81.21	80.99	81.19
10%	Sofia . . . . 100 Leva	3.047	3.057	3.047	3.057
5%	Spanien . . 100 Pes.	63.74	63.90	63.57	63.73
4,5%	Stockholm . 100 Kr.	112.04	112.32	112.04	112.32
7%	Wien . . . . 100 Sch.	59.12	59.26	59.115	59.255
6%	Budapest 100000 Kr.	5.87	5.89	5.87	5.89
10%	Warschau . . 100 Zl.	—	—	—	—
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	—	—	—	—

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,94 Zl., do. kl. Scheine 8,93 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,67 Zl., 100 franz. Franken 24,50 Zl. 100 Schweizer Franken 173,85 Zl., 100 deutsche Mark 213,80 Zl., Danziger Gulden 173,29 Zl., österr. Schilling 126,60 Zl., tschech. Krone 26,55 Złoty.

Produktenmarkt.

Marktbericht für Sämereien der Firma **B. Hozakowski**, Thorn, vom 18. September. Es wurde notiert: zł per 100 kg:
Rotklee 260—320, Weißklee 275—350, Schwedenklee 250—325, Gelbklee —,—, Gelbklee in Kappen —,—, Inkarnatklee 60—75, Wundklee 100—120, Reygras hiesiger Produktion 60—70, Tymothe 60—70, Serradella 16—18, Sommerwicken 35—40, Winterwicken 100—110, Peluschken 30—32, Bohnen —,—, Pferdebohnen —,—, Viktoria-Erbsen 70—76, Grünerbsen 60—63, Gelbsenf 60—70, Raps 65—70, Rübsen 70—80, Saatlupinen, blaue —,—, Saatlupinen, gelbe —,—, Leinsaat 50—60, Leindotter —,—, Hanf 50—60, Blaumohn u. Weißmohn 120—140, Buchweizen —,—, Hirse —.—.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 22. Septbr. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty): Weizen 43,50—46,50, Roggen 33,00—34,00, Weizenmehl (65% inkl. Säcke) 68,50—71,50, Roggenmehl 1. Sorte (70% inkl. Säcke) 51,00, do. (65% inkl. Säcke) 52,50, Gerste 25,00—27,00, Braugerste prima 30,00—33,50, Viktoriaerbsen 65,00—80,00, Hafer 25,00—27,00, Rübsen 64,00—67,00, Senf 60,00—80,00, Weizenkleie 21,50, Roggenkleie 20,50 bis 21,50, Fabrikkartoffeln 4,80—5,00, Roggenstroh lose 1,75—2,00, do. gepreßt 2,75—3,00, Heu lose 8,00—9,00, do. gepreßt 10,00—11,00. — Tendenz: ruhig. — Bemerkung: Viktoriaerbsen in ausgewählten Sorten über Notiz.

Hanf und Flachs. Lublin, 22. September. Auf dem Hanf- und Flachsmarkte ist das Interesse größer, die Preise sind jedoch unverändert. Es wurden notiert in Dollar: gehechelter Flachs 29, roher 18, geschlagener 22, Packflachs 1. Gattung 18, 2 Gattung 11; gehechelter Hanf 28, roher 17, Packhanf 1. Gattung 14, 2. Gattung 10. Tendenz fest.

Berliner Produktenbericht vom 22. September. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 262—266, September 292,50—291, Oktober 286—286,50, Dez. 292, März —,—, Mai 291,50. Roggen märk. 212—217, Sept. 230,50, Oktbr. 231,50—231,25, Dezember 231,50, März 236,00, Mai 240,00. Gerste: Sommergerste 205—248, Wintergerste 170—175. Hafer märk. 171—184, September —.—, Oktober —,—, Dezbr. 190,00. Mais loko Berlin 184—186. Weizenmehl franko Berlin 36,00 bis 38.75. Roggenmehl franko Berlin 30,50—32,50. Weizenkleie franko Berlin 10,00. Roggenkleie franko Berlin 11,80. Raps 310. Leinsaat —,—. Viktoriaerbsen 43—50, kleine Speiseerbsen 32,00 bis 36,00, Futtererbsen 23—29. Wicken — bis —. Rapskuchen 14,44—14,60. Leinkuchen 19,00—19,20. Trockenschnitzel 9.40 bis 9.70. Soyaschrot 19,30. Kartoffelflocken 18,20—18,80. — Tendenz: für Weizen abgeschwächt, Roggen stetig, Gerste ruhig, Hafer behauptet, Mais still.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 22. Septbr. Preis für 100 Kg. in Gold-Mark. Hüttenrohzink (fr. Verkehr) 69,00—69,50, Remalted Plattenzink 60,00—61,00, Originalh.-Alum. (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 210, do. in Walz- oder Drahtb. (99%) 214, Hüttenzinn (mindestens 99%) —,—, Reinnickel (98—99%) 340—350, Antimon (Regulus) 125—130, Silber i. Barr. f. 1 Kg. 900 fein 82,50—83,50.

Edelmetalle. Berlin, 22. September. Silber 0,900 in Stäben je Kg. 82½—83½ Reichsmark; Gold im Freiverkehr 28 bis 28,20 das Gramm; Platin im Freiverkehr das Gramm 14—14½.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 22. September. (Amtl. Bericht. Die Preise verstehen sich in Reichspfennigen für 1 Pfund Lebendgewicht einschl. Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.)

Auftrieb: 1562 Rinder (380 Bullen, 516 Ochsen, 665 Kühe und Färsen), 7924 Schweine, 1750 Kälber, 5725 Schafe, 40 Ziegen, 470 ausländische Schweine, —,— Ferkel.

Rinder: A. Ochsen: a) vollfleisch., ausgemästete Ochsen von höchstem Schlachtwert, nicht angespannt 53—55, b) vollfleischige, ausgemästete Ochsen von 4 bis 7 Jahren 48—51, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 42—46, d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere 37—40. B. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene, von höchstem Schlachtwert 52—55, b) vollfleischige jüngere 47—50, c) mäßig genähre jüngere und gut genährte ältere 43—45. C. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene Färsen von höchstem Schlachtgewicht 52—55, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe, von höchstem Schlachtgewicht bis 7 Jahre 40—48, c) ältere, ausgemästete Kühe und weniger gute jüngere Kühe und Färsen 30—38, d) mäßig genährte Kühe u. Färsen 24—28, e) schlecht genährte Kühe und Färsen 20—22. D. Schlecht genährtes Jungvieh (Fresser) 36—40.

Kälber: a) bestes Mastvieh (Doppellender) —.—, b) beste, gemästete Kälber 90—98, c) mittelmäßig gemästete Kälber u. Säuger bester Sorte 85—93, d) weniger gemästete Kälber und gute Säuger 70—80, e) minderwertige Säuger 60—67.

Schafe: A. Stallschafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—62, b) ältere Masthammel, mäßige Mastlämmer und gut genährte, junge Schafe 43—50, c) mäßig genährte Hammel u. Schafe 30—38. B. Weideschafe: a) Mastlämmer 57—60, b) minderwertige Lämmer und Schafe —.—.

Schweine: a) gemästete von mehr als 150 Kg. Lebendgew. —,—, b) vollfl. von 120—150 Kg. Lebendgew. 82—83, c) vollfl. von 100—120 Kg. Lebendgew. 81—83, d) vollfleisch. von 80—100 Kg. Lebendgewicht 80—81, e) fleischige von mehr als 80 Kg. 77—79, f) Sauen —,—. — Säue: 72—74. — Ziegen: 20—25.

Marktverlauf: bei Rindern ruhig, bei Kälbern glatt, bei Schafen glatt und bei Schweinen ziemlich glatt.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 21. Septbr. in Krakau + — (2,39), Zawichost + 0,88 (0,93), Warschau + 1,06 (1,10), Plock + 0,84 (0,85), Thorn + 0,76 (0,75), Fordon + 0,87 (0,85), Culm + 0,69 (0,69), Graudenz + 1,02 (1,03), Kurzebrak + 1,30 (1,31), Montau + 0,58 (0,62), Piekel + 0,51 (0,51), Dirschau + 0,22 (0,25), Einlage + 2,36 (2,40), Schiewenhorst 2,62 (2,68) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 182.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 219.

Bromberg, Freitag den 24. September 1926.

Pommerellen.

Dr. Wachowiak auf Urlaub.

—* Wojewode Dr. Wachowiak hat einen längeren Urlaub angetreten und wird durch den Vizewojewoden Dr. Seydlitz vertreten.

23. September.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Der Weichselwasserstand** ist unverändert. Obgleich Sandbänke noch nicht zutage getreten sind, machen sich doch die Untiefen immer mehr bemerkbar. Unterhalb des Schulzschen Hafens breitet sich dieselbe fast über den ganzen Strom aus. Die Fahrzeuge müssen dicht an beiden Ufern durchzukommen suchen. Auch anderwärts machen die Sandablagerungen sich recht unangenehm bemerkbar. Am Dienstag abend lag ein langer Schleppzug gegen Boeslershöhe. Die hier liegenden Fahrzeuge wurden stromauf geschleppt. Der Regierungsdampfer „Kosciusko“ ist weitergedampft. Am Mittwoch ging bereits früh ein Schleppzug stromab. Später folgte ein weiterer Dampfer mit einer Anzahl seitwärts verkuppelter Fahrzeuge im Schlepp. Der Seitenraddampfer „Zofja“ hat unterhalb der Trinkemündung angelegt. Sein Schleppzug befindet sich anderweitig. Im Schulzschen Hafen ladet ein offenes Fahrzeug von der Ziegelei Gramberg in Kunterstein Ziegelsteine. *

d. **Infolge der Sperre der Culmer Straße für Fuhrwerke** macht sich das Fehlen einer weiteren Straße von der Eisenbahnbrücke nach dem Innern der Stadt recht unangenehm bemerkbar. Seit Jahren war schon ein Wunsch der Bewohner der Schwetz-Neuenburger Niederung der Bau einer fahrbaren Straße von der Zufuhrstraße zur Eisenbahnbrücke am Schulzschen Fabrikgrundstück entlang zur Fischerstraße. Besonders seit dem Bau der elektrischen Straßenbahn in der Culmer Straße war diese Straße zeitweise stark überlastet. Da wegen Baues der Uferbahn eine Umwandlung des Hafenweges erfolgen muß, wäre es jetzt an der Zeit, dem Plan einer befahrbaren Verbindung zwischen Fischerstraße und Zufuhrstraße zur Eisenbahn näherzutreten. Im Programm der Notstandsarbeiten dürften die Kosten nicht unerschwinglich sein und für den Fuhrwerksverkehr eine Erfüllung des langgehegten Wunsches von größter Bedeutung. *

□ **Der Mittwoch-Wochenmarkt** war nicht stark beschickt. Kartoffeln waren nur wenig vorhanden. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2,30—2,50, Eier 2.80, Zwiebeln 0,20, Kartoffeln 4,00—5,00. Ferner kosteten: Tomaten 0,20 bis 0,25, grüne Bohnen 0,15—0,20, Wachsbohnen 0,20, Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Wirsing 0,10 pro Pfund, Salat 0,07, Blumenkohl 0,20—1,50 pro Stück, (Gurkenzufuhr läßt nach), Senfgurken 0,10 pro Pfund, Dill- und Salatgurken 0,50 pro Mandel, Birnen 0,10—0,60, Äpfel 0,30—0,50, blaue Pflaumen 0,35—0,45, Walnüsse 1,50 pro Pfund. Man zahlte für Pilze (Rehfüßchen) 0,15—0,20 pro Liter. Honig kostete mit Glas 2,30 pro Pfund. Der Fischmarkt war gut beschickt. Es kosteten: Aale 2,50, Schleie 1,60—1,80, Zander 2,00, Hechte 1,30—1,40, Bressen 1,00—1,30, Karpfen 2,00, Barsche 0,70—1,20, Karauschen 1,10—1,50, Plötze 0,35—0,60. Der Geflügelmarkt zeigte ein stärkeres Angebot von Wassergeflügel. Die Preise sind mit Rücksicht auf die hohen Fleischpreise immer noch sehr hoch. Es kosteten lebende Gänse 10,00, Enten 5,00—5,50, junge Hühner 1,50—3,00 pro Stück, gerupfte Gänse 1,00 pro Pfund, Enten 4,50—5,50, Suppenhühner 4,00 pro Stück, junge Tauben 1,60—1,80 pro Paar. Der Fleischmarkt ist ausreichend beschickt. Es wurden folgende Preise gezahlt: Schweinefleisch 1,80, Rindfleisch 1,20—1,40, Hammelfleisch 1,20, Kalbfleisch 1.10—1,20, frischer Speck 2,00, Schmalz 3,00, Talg 2,00. Der Markt verlief schleppend. *

□ **Der Mittwoch-Schweinemarkt** war gut beschickt, wenn auch nicht so stark als der vorige. Man forderte für das Paar Absatzferkel 60—85. Es macht sich bereits eine fallende Tendenz bemerkbar. Läufer waren nicht so stark vertreten als früher. Trotzdem konnte man schon größere Läufer zum Preise von ca. 100 Złoty pro Zentner erwerben. Der Umsatz war aber nicht bedeutend. Nicht allein die Geldknappheit und knappe Kartoffelernte, sondern mehr noch die Unsicherheit in der künftigen Preisgestaltung für Fettschweine beeinflußt ungünstig den Schweinehandel. *

Thorn (Toruń).

—* **Änderungen in der Staatspolizei** werden jetzt durchgeführt. Zirka 150 uniformierte Polizeibeamte werden aus Pommerellen nach Galizien und Kongreßpolen versetzt, bzw. mit dortigen Beamten ausgetauscht. Aus Warschau wurden zur hiesigen Wojewodschaft zugeteilt: Oberkommissar Jan Pawłowicz und Kommissar Eugen Czernecki.

—dt. **Statistisches.** Im vergangenen Monat verzeichnete das städtische Meldeamt 746 An- und 649 Abmeldungen; mithin einen Zuwachs von nur 97 Personen. Die Bevölkerungszahl betrug am 1. September 47 353 Personen. — In derselben Zeit wurden 39 Neueröffnungen von Unternehmungen gewerblicher und geschäftlicher Art notiert, und 23 Schließungen. — Der Magistrat erteilte im Laufe dieser Zeit 10 Auflassungen von Grundstückskäufen bzw. Verkäufen und nur zwei Baukonsense. * *

* **Die Zahl der Autodroschken.** Zu Anfang des Jahres 1925 hatten wir in unserer Stadt vier Autodroschken und man zweifelte damals, daß sich dieselben rentieren würden. Heute haben wir bereits zirka 50 Autodroschken und alle scheinen auf ihre Kosten zu kommen. So mancher Droschkenbesitzer hat Pferd und Wagen abgeschafft und sich ein Fordauto angeschafft. Andere weniger bemittelte machen entweder noch Fuhrdienste mit ihren alten Droschken oder fahren Kohle. * *

—dt. **Gefangene** werden in letzter Zeit vielfach zu Kiestransporten und Planierungsarbeiten an der Stärkefabrik verwandt. Nach einer Ministerialverordnung dürfen doch Gefangene nicht Außenarbeiten zu ungunsten Arbeitsloser verrichten. * *

—dt. **Ein Kirchenraub** wurde auch hier in der Jakobskirche ausgeführt. Am gestrigen Mittwoch bemerkte der Dekan Pelka, als er die heilige Kommunion erteilen wollte, das Fehlen von zwei Behältern zu den Oblaten. Dieselben befanden sich sonst im Tabernakel und bei näherer Untersuchung zeigte es sich, daß letzteres erbrochen war. Sofort wurde die Polizei benachrichtigt, welche aber nichts Definitives feststellen konnte. Die Diebe haben alle anderen Kostbarkeiten liegen lassen und nur diese beide Behälter mitgenommen. Sie müssen am Tage „gearbeitet“ haben und gestört worden sein. * *

l. **Aus der Culmer Stadtniederung.** 22. September. Vor etwa 45 Jahren wurde der Hauptentwässerungsgraben der Niederung, welcher zirka 20 Kilometer lang ist, gründlich reguliert. Durch größere Erdarbeiten wurde er verbreitert und vertieft. An den Seiten des ziemlich breiten Wasserlaufs wurden Steine gesetzt, ebenso wurden auch zur Kennzeichnung der Sohle Merkzeichen angebracht. Alljährlich sollte durch die Anlieger die Reinigung bis auf die alte Sohle stattfinden. Durch eine aus Mitgliedern des Deichverbandes gebildete Sachverständigen-Kommission wurde eine Prüfung der ausgeführten Arbeiten vorgenommen. Nachlässigkeiten in den Ausführungen wurden durch Geldstrafen geahndet, auch wurden die Arbeiten durch das Deichamt auf Kosten der Anlieger ausgeführt. Da durch diese Art des Reinigungsmodus eine ungleiche und ungerechte Belastung der Deichmitglieder erfolgte, trat später eine Änderung ein. Auf Kosten des Deichamtes wurde ein kleiner Dampfbagger beschafft und mit diesem sollte die Arbeit ausgeführt werden. Leider beging man gleich bei der Beschaffung den Fehler, daß man einen zu leichten Bagger kaufte, der zu wenig Arbeit leistete. Ferner konnte man sich nicht dazu entschließen, den Hauptgraben einmal gründlich bis zur alten Sohle von der Mündung bis zur oberen Strecke reinigen zu lassen. Gewöhnlich bewilligte das Deichamt einen bestimmten Betrag für diesen Zweck und war dieser aufgebracht, so wurden die Arbeiten eingestellt. Es wurde immer nur ein bestimmter Teil des Wasserlaufes gereinigt und auch dieser nicht gründlich. In trockenen Jahren machten sich keine üblen Folgen bemerkbar. Es war im Gegenteil der geringe Wasserabfluß ein Vorteil. Nachdem nun aber bereits drei nasse Sommer gewesen sind, haben besonders einzelne Teile der Niederung sehr schwer durch Wasserschaden zu leiden, zumal auch der Weichselwasserstand dauernd ein hoher war. Man hat jetzt eingesehen, daß es so nicht weiter gehen kann, wenn nicht viele Landwirte ihrem Ruin entgegen gehen sollen. Schon in diesem Sommer haben große Flächen guten Bodens vollständig versagt und keine Erträge geliefert. In Kreisen der Deichgenossen tritt man jetzt für eine gründliche Reinigung bis auf die alte Sohle ein. Man ist der Ansicht, daß diese nicht durch den Bagger wird geleistet werden können, sondern durch Menschenhand mit Spaten, der abgelagerte Schlamm entfernt werden muß. Man sieht aber auch ein, daß das Deichamt dazu große Summen wird aufbringen müssen. Summen, die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich nach dem alten Aufbringungsmodus nicht werden beschaffen lassen.

* **Culmsee** (Chełmża), 22. September. Eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Am Sonnabend rutschte vor der Drogerie von N. Komowski eine Fau auf den noch nassen Steinen oder auch auf weggeworfenen Obstresten aus und fiel in eine mehr als vier Quadratmeter große Schaufensterscheibe, die inTrümmer ging. Als ein Glück muß bezeichnet werden, daß die Frau sich an der zerbrochenen Scheibe nicht verletzt hat.

—* **Schönsee** (Kowalewo), 22. September. Kirchenräuber statteten in der Nacht zum vergangenen Sonntag der hiesigen katholischen Kirche ihren Besuch ab und stahlen die Opferbüchse sowie den Abendmahlskelch. Die aus Thorn herbeigerufene Polizei fand mittels Polizeihundes den letzteren auf dem nahen Friedhof, wohin in die Räuber nachdem sie sich überzeugt hatten, daß er nicht aus purem Golde ist, geworfen hatten. Weitere Spuren fehlen.

a. **Schwetz** (Świecie), 21. September. Nachdem der hiesige Kreis wegen Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh schon monatelang gesperrt war und man die Seuche bald für erloschen meinte, ist in diesen Tagen wieder ein neuer Fall vorgekommen und einer Altsitzerin in Sartowitz hiesigen Kreises eine wertvolle Kuh im Preise von 600 Złoty an dieser Krankheit erlegen. Die Sperre wird daher noch weiter verbleiben, wodurch die Landwirte großen Schaden haben, da sie ihr Vieh nicht auf den öffentlichen Markt führen können. — Die Kartoffelernte ist in vollem Gange, und sind viele Schläge schon zur Wintersaat wieder bestellt. Die Kartoffelernte fällt durchweg nicht befriedigend aus, es sind sehr wenig unter der Staude und nur mittelgroße. Infolge der Knappheit preisen sie durchweg 4,50—5,00 Złoty pro Zentner. — Der letzte Wochenmarkt war nur schwach besucht, da die meisten Landleute bei der Kartoffelernte beschäftigt sind. Es war wenig Butter vorhanden, die mit 2,50—2,80 bezahlt wurde. Eier kosteten 3,00—3,20 die Mandel. Birnen sind massenhaft, dagegen Äpfel und Pflaumen sehr wenig angeboten und daher teuer: Ein Pfund Pflaumen kostet 0,40. Geflügel ist genügend, doch infolge der hohen Fleischpreise sehr teuer. Schweinefleisch kostet 1,70—2,00, Kalbfleisch 1,00—1,20, Rindfleisch 1,20—1.40, Hammelfleisch 1.10, frischer Speck 2,00, Räucherspeck 2,50, Schmalz 3,00, Talg 2,00 pro Pfund. Honig wurde mit 2,50 gekauft, bei mehreren Pfunden billiger.

h **Strasburg** (Brodnica), 21. September. Durch den letzten orkanartigen Sturm wurde die große Schaufensterscheibe im Geschäft Ruski am Großen Markt zertrümmert. — Sonntag früh 3.30 Uhr ertönte die Feuersirene. Das Feuer war in der Tischlereiwerkstätte von Anton Lula in der Poststraße ausgebrochen. Der Feuerwehr gelang es, bald nach ihrem Erscheinen den Brand zu löschen. Vernichtet wurden zwei Pappdächer und Decken. Der Schaden beträgt über 2000 zł. — Das hiesige Standesamt hatte in der Zeit vom 20. August bis 17. September 15 Geburten, darunter 5 uneheliche, und 8 Todesfälle zu verzeichnen. — Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Scheune des Besitzers Władysław Wilkowski in Karlsberg (Podgorze) verübt. Gestohlen wurden elf Zentner Roggen. Das Diebesgut fand die Polizei auf dem Felde des Nachbars vor. Man ist den Tätern auf der Spur. — In Szczuka wurde dem Eigentümer Rudziński in der Nacht zum 17. d. M. ein Schaf gestohlen.

* **Tuchel** (Tuchola), 21. September. In Komorze hiesigen Kreises sollte die Dampfdreschmaschine weiter gerückt werden; bei dieser Arbeit verunglückte ein Gutsarbeiter, ein Bein wurde ihm gebrochen, das andere arg zerquetscht. Der Schwerverletzte wurde auf ärztliche Anordnung in das Borromänsstift nach Konitz geschafft.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Hause des früheren Direktors des Kreditdepartements des Finanzministeriums Edmund Statkiewicz spielte sich heute nacht ein furchtbares Familiendrama ab. Statkiewicz versuchte zunächst seine beiden Söhne im Alter von 13 und 16 Jahren durch Leuchtgas zu vergiften. Seine Frau hatte er vorher chloroformiert und dann durch einen Revolverschuß in die Stirn getötet. Da die beiden Söhne durch das Gas nicht getötet wurden, schoß er sie gleichfalls nieder. Dabei muß sich zwischen ihm und dem ältesten Sohne ein erbitterter Kampf abgespielt haben, in dem aber der Vater Sieger blieb. Nach diesem dreifachen Morde erhängte sich der Mörder. Ein in dem Hause dienendes Mädchen hatte bis 2 Uhr nachts Wäsche gewaschen und sich dann schlafen gelegt. Sie nahm die furchtbare Bluttat wahr, als sie heute morgen gegen 7 Uhr den jüngeren Knaben wecken wollte, der in die Schule gehen sollte.

Der Holzabsatz im In- und Auslande.

Auf dem Inlandsholzmarkt ist nach der Geschäftsstille des Frühlings und Sommers eine gewisse Belebung eingetreten. Der Grund hierfür ist in dem Beginn von Bauarbeiten sowohl von Regierungs- als auch von kommunaler Seite zu suchen. Jedoch sind die Holzvorräte auf dem Inlandsmarkt nicht zu groß. Die Stabilisierung des Złoty hat die Kaufleute zur Verarbeitung des Holzes für Inlandsbedürfnisse veranlaßt. Obwohl die Preise für Holzmaterialien auf dem Inlandsmarkt seit dem Frühjahr um 10 bis 15 Prozent gestiegen sind, so hat sich doch infolge der Verteuerung der Arbeitslöhne in derselben Zeit um 20 Prozent bei dem Holzhandel bisher noch keine Konjunkturverbesserung bemerkbar gemacht. In Fachkreisen nimmt man an, daß, wenn im gegenwärtigen Augenblick das Landwirtschaftsministerium die Taxe für Rohholz in den staatlichen Wäldern erhöht, die Holzindustrie sich nicht voll von der unlängst durchlebten Krisis erholen kann und auf dem Wege zur weiteren Entwicklung und Vervollständigung der Produktion ein Stillstand eintritt. Gleichzeitig wäre für das weitere Schicksal der Holzindustrie eine Erhöhung der Frachten ein sehr gefährliches Experiment, das bisher glücklicherweise noch nicht Tatsache geworden ist.

Die Holzausfuhr belebte sich in der letzten Zeit in erheblichem Maße, was jedoch keinen Einfluß auf eine Preiserhöhung gehabt hat. Nur der englische Markt weist eine Preisverbesserung für polnisches Holz auf, und es wurden für weiches Sägewerksmaterial statt 13 bereits 13,10 und 13,15 Pfund Sterling Standard cif London gezahlt. Die große Zufuhr von Bohlen und Brettern aus der Schweiz und Finnland nach England hält an. Aus Frankreich, Belgien und Holland wird ein größerer Bedarf an Sägewerksmaterial gemeldet, vorläufig jedoch ohne Preiserhöhung. Auf dem belgischen Markt haben sich die Preise für Grubenholz um etwa 15 Prozent verbessert. Deutschland hat seit dem Juli d. J. die Kontingenterteilung auf die Einfuhr von Sägewerksmaterialien aus Polen an seine Importeure eingestellt, es herrscht dort jedoch eine ständige Nachfrage nach polnischem, nicht bearbeitetem Holz. Größere Nachfrage nach Holz herrscht in Ungarn und der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakischen Kaufleute betätigen sich vorwiegend als Vermittler zwischen Polen und Deutschland, wobei sie die günstige Konjunktur des deutsch-polnischen Handelskrieges ausnutzen. Die Abschlüsse mit Ungarn und der Tschechoslowakei erledigt vorwiegend die kleinpolnische Holzindustrie. Außerdem herrscht ein erhebliches Interesse für Dickten und Furniere, sowie komplette Fichtenbretter. Dickten und Furniere gehen nach England und nach dem Süden. Komplette Kistenbretter aus Polen gehen auf die östlichen Märkte, auch nach Ägypten. Der Entwicklung des Handels mit dem Osten und Afrika

stehen Schwierigkeiten bei dem Inkasso von Geldbeträgen für gekauftes Holz entgegen, da die dortigen Banken Korrespondenten weder in Polen noch in Danzig besitzen. Ungünstig auf den Holzexport wirkt auch die starke Tendenz auf dem Seefrachtmarkt ein, die durch das Anwachsen von Kohlentransporten hervorgerufen ist. Im Laufe der letzten beiden Monate sind diese Holzfrachten um etwa 50 Prozent gestiegen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen.

Paul Sch., Graudenz. Sie sind auf Grund der Wiener Konvention polnischer Staatsangehöriger (Geburtspole) und mit Ihnen Ihre ganze Familie.

„Er." Die Bank kann 18 Prozent nehmen. Daß sie aber eine Einzahlung vom 3. erst als am 7. geschehen verbucht, entspricht nicht den Bankusancen, und Sie könnten wohl dagegen Einspruch erheben, wenn es sich um erhebliche Summen handelte. Die Differenz im Dollarstand war indessen an diesen Tagen ziemlich unerheblich.

W. B. 73. 1. Sie brauchen nur 15 Prozent zu zahlen. 2. Die Zinsen bis 31. 12. 24 sind auf 15 Prozent reduziert zum Kapital zu schlagen. Die anderen werden von der aufgewerteten Summe zu 5 Prozent berechnet. 3. Wenn die 6000 Mark Restkaufgeld bei dem Erwerb des Grundstücks durch Sie eingetragen wurden, Sie also persönlicher Schuldner sind, ist Aufwertung etwa 60 Prozent 4. Die Eintragung, daß die 17 000 Mark die Mitgift Ihrer Tochter sein sollen, hat gar keine Bedeutung.

„Ehrenthal". Selbstverständlich ist „Unbefugten" — und das sind auch die Eltern der Schüler — der Zutritt zum Klassenzimmer während des Unterrichts verboten. Das wäre ja eine ganz neumodische Sache, wenn jeder, der einen Sohn oder eine Tochter in der Schule hat, zur Kontrolle des Lehrers im Schulzimmer erscheinen könnte. Zur Kontrolle des Lehrers sind lediglich die Schulaufsichtsorgane berufen. — Über die rechtliche Seite der Frage des Gemeindelandes können wir uns mangels genauerer Unterlagen nicht äußern. Die sonstigen Mitteilungen werden wir gelegentlich verwenden.

O. P. 900. Sie sind auf Grund Ihrer Geburt gemäß der Wiener Konvention polnische Staatsangehörige (Geburtspolin).

T. T. Thorn. Der Hauswirt ist ohne Rücksicht auf den Prozentsatz der Miete derartige Mängel abzustellen verpflichtet, da der Mieter sonst (§ 537 B. G. B.) berechtigt ist, für die Zeit, während deren die Tauglichkeit gemindert ist, nur einen Teil der Miete zu zahlen, resp. Schadenersatz zu verlangen. Sie können im Falle des Verzugs des Vermieters den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen. Ein Abzug von der Miete ist nicht statthaft.

Nr. J. Z. 1. Auskunft ist unmöglich, da Sie nicht angegeben haben, aus welchem Monat des Jahres 1919 die Forderung herrührt; stammt sie aus dem Februar, dann waren die 2000 Mark nur 1000 Zł. wert, stammt sie aus dem Dezember, dann hatten die 2000 Mark nur einen Wert von 285 Zł. Und davon können Sie nur 15 Prozent zurückverlangen Vorkriegsgeld, wie Sie sagen, war es jedenfalls nicht. Den Zinsfuß können Sie dem Schuldner nicht diktieren, Sie müssen sich vielmehr mit ihm darüber einigen. 2 Auch hier ist eine Auskunft aus denselben Gründen wie unter 1. nicht möglich. Bezüglich der Zinsen gilt das unter 1. Gesagte. 24 Prozent Zinsen sind jetzt überhaupt nicht mehr zulässig, der Höchstsatz ist 18 Prozent. 3. Wenn die Kreiskasse eine Bank ist, wertet sie nur nach einem verwickelten Verfahren auf 5 Prozent (höchstens aber 125 Zł.) auf. Die Bank braucht vor dem 1. 1. 27 nicht zu zahlen. 4. Die Sparkasse wertet nach ihrem Vermögensstande auf. Ob Mündelgeld oder anderes, ist gleichgültig.

Wirtschaftliche Rundschau.

Über die Valorisierung der polnischen Zölle sind seit dem Verfall der Zlotywährung, besonders aber im Laufe dieses Jahres, wiederholt allerlei Falschmeldungen durch die Presse gegangen. Bald hieß es, der Zolltarif werde auf Goldzloty umgestellt, dann wieder, es stände eine Erhöhung der Sätze auf dem Verordnungswege bevor, die etwa einer Verdoppelung der gegenwärtigen tatsächlichen Beträge gleichkomme. Tatsache ist zwar, daß der Finanzminister eine Valorisierung geplant und auch im Parlament angekündigt hat. Der Sejm hat aber fast einstimmig dagegen Stellung genommen und wie verlautet, soll auch der neue Handelsminister der Ansicht sein, daß der gegenwärtige Zollschutz vollkommen genüge. Vor wenigen Tagen hat sich (dem „Kurjer Polski" zufolge) das Zollkomitee abermals mit diesem Gegenstand beschäftigt und ist dabei, ebenso wie schon in der Julisitzung, zur Ablehnung gekommen. Für eine Valorisierung sprachen sich in der Hauptsache nur die Vertreter der chemischen, der elektrotechnischen, der Metall-, Hütten- und Textilindustrie aus, während insbesondere die Vertreter der Handelskammern, der Naphthaindustrie und auch der Landwirtschaft dagegen stimmten. Vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus wurde als Hauptargument gegen eine Valorisierung die daraus folgende Erhöhung der Lebenshaltungskosten angeführt, die auch eine Verteuerung der Produktionskosten nach sich ziehen müsse.

Die Zuckerpreisfrage. Auf dem Zuckermarkte ist der Bedarf nach Zucker normal. Die Obstsaison ist in diesem Jahre nicht günstig ausgefallen. In den Lägern ist eine genügende Zuckermenge vorhanden. Der Bedarf an Zucker im Inlande beträgt etwa 2200 Waggon monatlich, wovon Warschau allein 3 bis 5 Waggon täglich gebraucht. Neuer Zucker kommt erst Anfang Oktober auf den Markt. Die Gerüchte von einem großen Inlandsbedarf an Zucker entbehren, wie die „A. W." zu melden weiß, jeder Grundlage und dienen nur Spekulationszwecken in Verbindung mit einer bevorstehenden Zuckerpreiserhöhung. Verhandlungen der Regierung mit den Zuckerindustriellen über eine Zuckerpreiserhöhung sind im Gange. Zurzeit hat die Regierung in die einzelnen Zuckerfabriken eine Kommission zur Feststellung der Produktionskosten entsandt. Zu dieser Kommission gehören Vertreter der Ministerien für Handel und Industrie, Finanzen, Arbeit und innere Angelegenheiten. Von dem Beschluß der Kommission wird es abhängen, ob die Regierung mit einer Erhöhung einverstanden ist, oder ob der Preis auf seiner bisherigen Höhe beibehalten wird. Es sollen sieben Zuckerfabriken in Kongreßpolen und zwei in Posen besichtigt werden.

Die Erhöhung der Kohlenpreise endgültig. Wie unser Warschauer Vertreter meldet, wird vom 24. d. M. ab infolge der Lohnerhöhungen in der Kohlenindustrie der Kohlenpreis durch die Gruben definitiv um 10 Prozent erhöht.